

STADT PAPENBURG

Landkreis Emsland

1. Änderung Bebauungsplan Nr. 145 „Prüfgelände“

frühzeitige Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange
(§ 4 (1) BauGB)

und

frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 (1) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

07.06.2024

Diekmann • Mosebach & Partner

Regionalplanung • Stadt- und Landschaftsplanung • Entwicklungs- und Projektmanagement

26180 Rastede Oldenburger Straße 86 (04402) 977930-0 www.diekmann-mosebach.de



Träger öffentlicher Belange**von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

- | | |
|--|------------|
| 1. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Geschäftsbereich Lingen
Postfach 20 80
49790 Lingen (Ems) | 10.01.2024 |
| 2. Industrie- und Handelskammer für Ostriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden | 29.01.2024 |
| 3. Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim
Bramscher Straße 134-136
49088 Osnabrück | 25.01.2024 |
| 4. Telekom Deutschland GmbH
Hannoversche Str. 6-8
49084 Osnabrück | 22.01.2024 |
| 5. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Vahrenwalder Str. 236
30179 Hannover | 31.01.2024 |
| 6. EWE NETZ GmbH
Cloppenburger Straße 302
26133 Oldenburg | 12.01.2024 |
| 7. Avacon Netz GmbH über
DMT Engineering Surveying GmbH & Co. KG
Watenstedter Weg 75
38229 Salzgitter | 11.01.2024 |
| 8. TenneT TSO GmbH
Eisenbahnlängsweg 2 a
31275 Lehrte | 12.01.2024 |
| 9. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Dr.-Horstmann-Straße 7
26871 Aschendorf | 17.01.2024 |
| 10. Niedersächsische Landesforsten
Forstamt Ankum
Lindenstraße 2
49577 Ankum | 10.01.2024 |
| 11. Stadt Weener (Ems)
Osterstraße 1
26826 Weener | 25.01.2024 |
| 12. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Referat Infra I 3 - Hoheitliche Aufgaben
Fontainengraben 200
53123 Bonn | 12.03.2024 |

Träger öffentlicher Belange**von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

- | | |
|---|------------|
| 1. Landkreis Emsland
Postfach 1562
49705 Meppen | 31.01.2024 |
| 2. Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems
Staatliche Moorverwaltung
Postfach 1252
49702 Meppen | 23.01.2024 |
| 3. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 51 01 3
30631 Hannover | 30.01.2024 |
| 4. LGLN Regionaldirektion Hameln-Hannover
Kampfmittelbeseitigungsdienst
Dorfstraße 19
30519 Hannover | 12.01.2024 |
| 5. NLWKN - Betriebsstelle Meppen
Haselünner Str. 78
49716 Meppen | 24.01.2024 |
| 6. Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
Abteilung Archäologie- Abteilung Archäologie –
Stützpunkt Oldenburg
Ofener Straße 15
26121 Oldenburg | 17.01.2024 |
| 7. Gemeinde Rhaderfehn
Der Bürgermeister
1. Südwieke 2a
26817 Rhaderfehn | 18.01.2024 |
| 8. Landkreis Leer
Bergmannstraße 37
26789 Leer | 31.01.2024 |
| 9. Nabu Emsland/Grafschaft Bentheim
Haselünner Straße 15
49716 Meppen | 29.01.2024 |

Anregungen	Abwägungsvorschläge
1. Landkreis Emsland Postfach 1562 49705 Meppen	
<p>Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><u>Naturschutz und Forsten</u></p> <p>Naturschutzfachliche Belange: Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Gebiete, Bereiche oder Biotope, die einem gesetzl. Schutz nach dem BNatSchG unterliegen und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.</p> <p>Für die o. g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.</p> <p>Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und konkret sowie detailliert (Plan und Text) darzustellen. Die Kompensationsmaßnahmen haben sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen zu orientieren.</p> <p>Artenschutzrechtliche Belange: Da eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG durch die o. g. Bauleitplanung nicht ausgeschlossen werden kann, ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich.</p>	<p>Naturschutzfachliche Belange: Die nebenstehenden Hinweise werden berücksichtigt. Der Umweltbericht mit Abarbeitung der Schutzgüter, Auswertung der erfolgten Kartierungen sowie Eingriffsbilanzierung und Kompensationsmaßnahmen wird zum Verfahren gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB in die Planung eingestellt.</p> <p>Artenschutzrechtliche Belange: In 2022/2023 wurden Bestandserfassungen von Brut- und Rastvögeln sowie von Fledermäusen durchgeführt. Zum Entwurf werden dem Umweltbericht die vollständige Gutachten zu Avifauna und Fledermäusen zugrunde gelegt und veröffentlicht. Auf der Basis dieser Gutachten wird im</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -Zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für die Tiergruppen der Fledermäuse und der Brutvögel, aber auch für Amphibien, Reptilien, Schmetterlinge, Heuschrecken oder Käfer.</p> <p>Die Windparkplanung erstreckt sich über den südlichen Teil (südl. Joh.-Bunte-Str.) des ATP-Teststreckengeländes und geht über den Geltungsbereich der 1. Änderung des o. g. B-Planes hinaus. Für das Gesamtvorhaben "Windpark ATP-Teststreckengelände" wird bzw. wurde bereits eine saP durchgeführt. Der Untersuchungsraum der saP deckt somit auch den Geltungsbereich der 1. Änderung des o. g. B-Planes ab. Weitere, gesonderte oder ergänzende Betrachtungen und/oder Abhandlungen der artenschutzrechtlichen Belange sind im Zuge der 1. Änderung des o. g. B-Planes nicht erforderlich.</p> <p>Forstfachliche Belange: Innerhalb des ATP-Teststreckengeländes, hier im südlichen Teil (südl. der Joh.-Bunte-Str.) befinden sich zahlreiche Gehölzbestände in unterschiedlicher Größe, Struktur und Ausprägung. Die Gehölzbestände wurden im Herbst 2023 im Rahmen einer Ortsbegehung mit dem Staatl. Forstamt, dem beauftragten Planungsbüro und der Unteren Waldbehörde des Landkreises Emsland in Augenschein genommen und aus forstfachlicher Sicht beurteilt. Die Ortsbegehung kommt zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Gehölzbestände als Wald im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) zu beurteilen ist. Die Waldflächen wurden in ihrer Lage und ihrer Größe konkret definiert und von dem beauftragten Planungsbüro in einem Lageplan festgehalten. Im Zuge der Windparkplanung wird es zu einem dauerhaften Verlust von Waldflächen kommen. Der dauerhafte Verlust von Waldflächen ist gem. § 8 NWaldLG als Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart zu beurteilen. Sog. Waldumwandlungen bedürfen der Ersatzaufforstung. Soweit im Geltungsbereich der 1. Änderung des o. g. B-Planes Waldflächen nach dem NWaldLG vorhanden sind und die Waldflächen eine Betroffenheit erfahren, ist im Zuge der forstfachlichen Abhandlung aufzuzeigen, in welcher Form (Beseitigung, Verkleinerung, Zerschneidung, Aufreißen von Waldrändern etc.) und Größenordnung eine Betroffenheit gegeben ist und wie, wo und in welchem Verhältnis die betroffenen Waldflächen kompensiert werden sollen (Lage u. Größe der Ersatzaufforstung). Nach</p>	<p>Rahmen des Umweltberichtes auch eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt.</p> <p>Die übrigen Artengruppen sind von Windenergie nicht in vergleichbarem Umfang betroffen, z.B. durch Kollisionsrisiken oder Verdrängung aufgrund von Scheuchwirkungen. Durch Zuwegung und WEA-Standorte inklusive Kranstellflächen wird der potenzielle Lebensraum von Insekten, Reptilien und Amphibien im Umfang der überplanten Biotoptypen beansprucht, deren Lebensraum im Gebiet jedoch nicht zerstört oder unbesiedelbar. Der Lebensraum der genannten Artengruppen bleibt im Bereich des Windparks weiterhin erhalten. Im Rahmen der Eingriffsregelung erfolgt ein Ausgleich des Flächenverlustes an Biotopstrukturen über den Ausgleich für Biotoptypen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet. Im Rahmen des Umweltberichtes zum Entwurf werden die betroffenen Waldbereiche im Detail beschrieben und die Verluste bilanziert. Es werden Ersatzflächen entsprechend dem Ergebnis des im Auftrag des Vorhabenträgers erstellten Erläuterungsberichts zur forstrechtlichen Bilanzierung vorgesehenen Verhältnis bereitgestellt und im Bebauungsplan als Ersatzflächen festgesetzt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>einer ersten forstfachlichen Einschätzung müsste der Faktor für eine Ersatzaufforstung bei 1 : 3 liegen.</p> <p>Immissionsschutz Im weiteren Verfahren sind die den Immissionsschutz betreffenden Gutachten nachzureichen.</p> <p>Straßenbau Das Plangebiet befindet sich an freier Strecke an der Kreisstraße 144 von Papenburg nach Burlage von ca. km 5,700 bis 8,835- Südseite. Gegen die Bauleitplanung bestehen aus straßenbau- und verkehrlicher Sicht keine Bedenken, wenn aus Gründen der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs Folgendes beachtet wird: Da die Erschließung zur Kreisstraße 144 hin ausgerichtet werden soll, die bestehenden Einmündungen und Zufahrten hinsichtlich der Abmessungen und des Zustandes oder aufgrund des baulichen Umfeldes nicht für die zu erwartenden Schwertransporte ausgelegt sind, ist der Fachbereich Straßenbau beim Landkreis Emsland frühzeitig an der weiteren Planung zu beteiligen.</p> <p>Brandschutz Gegen das vorgenannte Bauvorhaben gemäß Zeichnung und Beschreibung bestehen in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken, wenn Folgendes beachtet wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> Für das geplante Vorhaben ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass ein Löschwasserbedarf von 800 l/min. (48 m³/h) vorhanden ist. Der Löschbereich umfasst i. d. R. alle Löschwasserentnahmemöglichkeiten in einem Umkreis von 300 m. 	<p>Immissionsschutz Bei der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 148 handelt es sich um einen Angebotsbebauungsplan. Der Typ (Nabenhöhe, Rotorhöhe und -durchmesser) der Windenergieanlagen wird nicht festgelegt. Von diesen Faktoren sind jedoch die Schall- und Schattenimmissionen abhängig. Im Rahmen der Bauleitplanung ist nachzuweisen, dass eine Realisierung der Planung unter Einhaltung der Immissionsgrenzwerte möglich ist. Grundsätzlich kann eine Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte für Schattenschlag durch die standartmäßig verbaute Abschaltautomatik in den Anlagen sichergestellt werden. Für das Genehmigungsverfahren nach BImSchG wurden für die konkreten Anlagenstandorte und -typen bereits ein Schall- und ein Schattenschlag-Gutachten erstellt. Die Aussagen werden in die Unterlagen für das Verfahren gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB eingearbeitet.</p> <p>Straßenbau Der Hinweis wird an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und ist im Rahmen der Genehmigungsplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Brandschutz Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungsplanung zu berücksichtigen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Dabei sind in einem Umkreis von 150 m mindestens 50 % der Löschwasserversorgung sicherzustellen, die restlichen 50 % sind dann in einem Radius von 300 m um die baulichen Anlagen sicherzustellen. Als Löschzeit werden 2 Stunden angesetzt. Für den Fall, dass Löschwasser über das Rohrnetz der öffentlichen Trinkwasserversorgung bezogen wird, dient das DVGW-Arbeitsblatt W 405 (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.) als planerische Grundlage.</p> <ul style="list-style-type: none"> Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Anlagen so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Anlagen gelangen können. 	
<p>2. Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems Staatliche Moorverwaltung Postfach 1252 49702 Meppen</p>	
<p>zu den vorliegenden Unterlagen zum o. a. Vorhaben nimmt die Staatliche Moorverwaltung wie folgt Stellung:</p> <p>Die in der Bebauungs- und Flächennutzungsplanänderung dargestellten Flächen grenzen unmittelbar an folgenden Eigentumsflächen des Landes Niedersachsen (hier vertreten durch die Staatliche Moorverwaltung):</p> <ul style="list-style-type: none"> Flur 15, Flst. 4/49 (sog. Brunselmoor) Flur 18, Flst. 4/6 (sog. Brunselmoor) Flur 19, Flst. 2/5 (sog. Friesenmoor/ Wildes Moor) Flur 20, Flst. 1/149 und 1/125 (sog. Friesenmoor/ Wildes Moor) <p>alle Gemarkung Papenburg.</p> <p>Die aufgeführten Landesflächen sind Teil des städtebaulichen Vertrages zur Verwirklichung naturschutzrechtlicher Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung des Prüfgebietes. Als Maßnahme definiert ist hier u. a. die großflächige Wiedervernässung mit dem Ziel der Hochmoorregeneration. So konnten sich bis heute weitläufige, nasse und im Zentrum gehölzarme Hochmoor-Lebensräume ausbilden, die zugleich ein Brut-, Nahrungs- und Rasthabitat für bedrohte und störungsensible Vogelarten des Offen- und Halboffenlandes darstellen. Die Staatliche Moorverwaltung verfolgt hier - wie auch auf anderen landeseigenen Moorflächen - zusätzlich die Ziele des Programmes Niedersächsische</p>	<p>Die nebenstehenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Moorlandschaften. Dieses Programm beinhaltet u. a. den Erhalt und die Förderung moortypischer Pflanzen- und Tierarten in dauerhaft überlebensfähigen Populationen.</p> <p>Zwar liegen uns bisher keine systematischen Brutvogelkartierungen vor, doch konnten durch eigenes fachkundiges Personal im Zuge stichpunktartiger Flächenkontrollen am 24.05. und 21.06.2023 folgende Vogelarten im Friesenmoor/Wilden Moor festgestellt werden (vgl. Karte 1):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Großer Brachvogel (Gbv): mind. 1 x Brutverdacht (BV) • Kiebitz (Ki): mind. 3 x BV, 4 x Brutzeitfeststellung (BZF) • Rotschenkel (Ros): mind. 1 x BV, 2 x BZF • Flussregenpfeifer (Frp): mind. 1 x BZF • Lachmöwen (Lm): 2 Kolonien mit ca. 40 Brutpaaren (BP) bzw. 50 BP • Schwarzhalstaucher (Sht): mind. 2 x BV • Zwergtaucher (Zt): mind. 1 x BN • Rohrweihe (Row): mind. 2 x BZF <p>Weitere teils gefährdete Arten, die im Gebiet festgestellt, jedoch nicht gezählt und kartografisch verortet wurden, waren: Waldwasserläufer, Flussuferläufer, Wiesenpieper, Feldlerche und Baumpieper. Ebenso kann ein Vorkommen von Kranich, Bekassine und Sumpfohreule in den Hochmoorlebensräumen nicht ausgeschlossen werden.</p> <p>Die von der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (2014) fachlich empfohlenen Mindestabstände von Windenergieanlagen (WEA) zu Brutplätzen bzw. Brutvorkommen von Kranich und den bedrohten und störungssensiblen Wiesenvogelarten (Rotschenkel, Großer Brachvogel, Kiebitz, Bekassine) betragen mind. 500 m und bei koloniebrütenden Möwen, Sumpfohreule sowie Rohrweihe sogar mind. 1.000 m. Folglich sind erhebliche Auswirkungen auf die (moortypischen) Brut- und ggfls. auch Gastvogelarten auf den landeseigenen Flächen durch den Bau und Betrieb von WEA im unmittelbaren Nahbereich nicht auszuschließen. Wir bitten Sie diesen Sachverhalt bei Ihren Planungen zu berücksichtigen.</p>	<p>Die oben genannten Flurstücke befinden sich innerhalb des 1 km Radius um das Prüfgelände und waren damit im Untersuchungsgebiet für die erfolgten avifaunistischen Kartierungen zu Zug-, Rast- und Brutvögeln sowie Fledermäusen zwischen Sommer 2022 und 2023. Die Ergebnisse der Kartierungen werden zum Verfahren gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB in die Planung eingestellt.</p> <p>Von den genannten Arten wurden die Arten Schwarzhalstaucher und Zwergtaucher im Rahmen der Kartierungen 2023 nicht festgestellt. Sie werden im Rahmen des Umweltberichtes und der Artenschutzprüfung vorsorglich mit betrachtet.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Arten Wiesenpieper, Feldlerche, Baumpieper, Kranich und Bekassine wurden im Rahmen der Kartierungen ebenfalls im Untersuchungsgebiet festgestellt. Der Kranich wurde nordwestlich in ca. 530 m Entfernung zum Geltungsbereich festgestellt. Die Bekassine wurde aufgrund einer Brutzeitfeststellung als potenzieller Brutvogel kartiert.</p> <p>Eine Lachmöwenkolonie wurde in ca. 150 m Entfernung zum Geltungsbereich der Bauleitplanung Papenburg und ca. 330 m vom nächsten Baufenster für eine Windenergieanlage entfernt in den ehemaligen Torfstichbereichen im Westen kartiert, was der Darstellung in Abbildung 6 entspricht. Die zweite Kolonie liegt außerhalb des kartierten Radius von 500 m um die geplanten Anlagenstandorte, jedoch ca. in 490 m Entfernung zum Geltungsbereich der Bauleitplanung der Stadt Papenburg.</p> <p>Die Arten werden im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung eingehend betrachtet.</p>



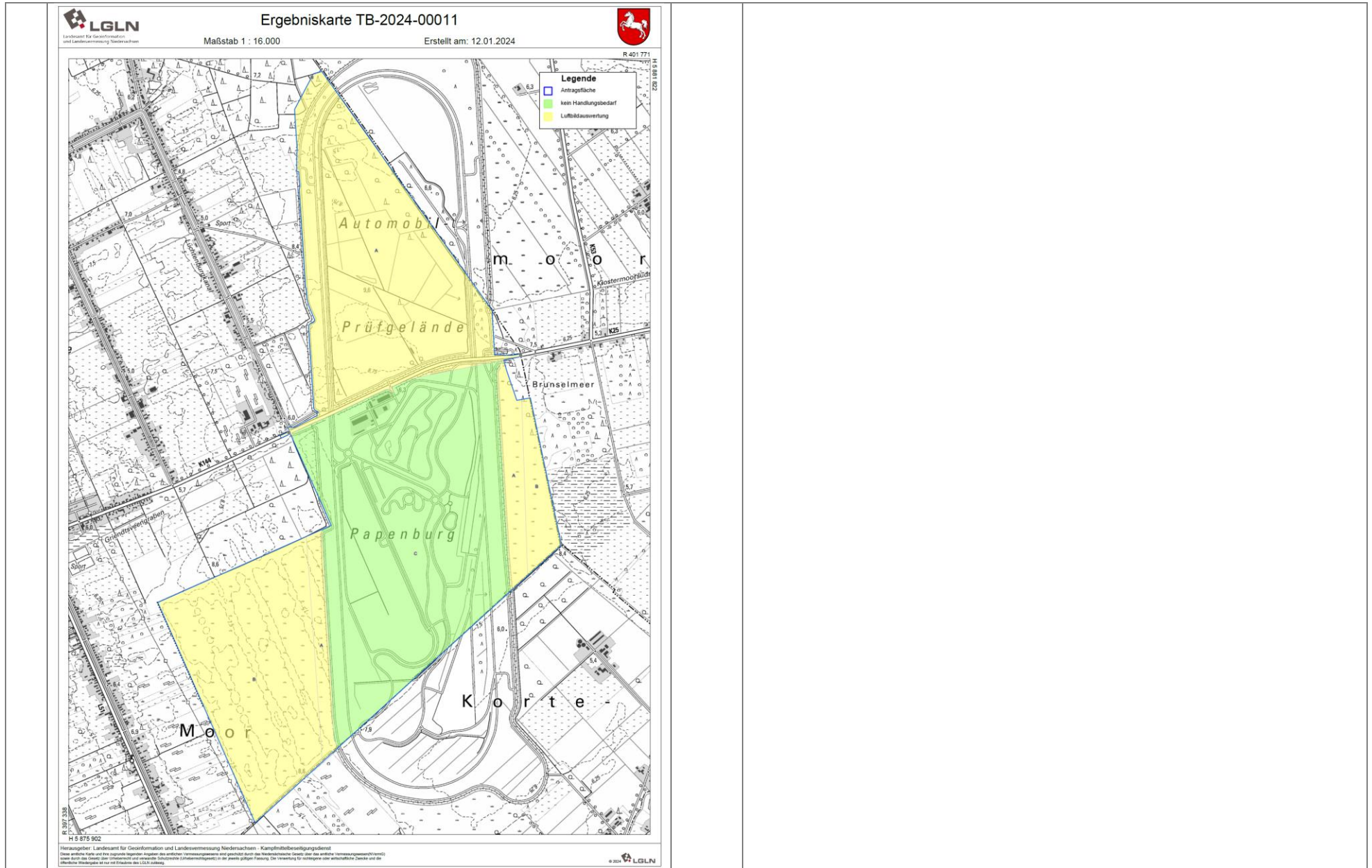
	Anregungen		Abwägungsvorschläge
3.	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Postfach 51 01 3 30631 Hannover		
	<p>in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Boden Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG). Bei Bau, Betrieb und Rückbau von Windenergieanlagen (WEA) sind Beeinträchtigungen der im BBodSchG definierten Bodenfunktionen zu vermeiden oder zu mindern. Dies entspricht der Vorsorgepflicht des BBodSchG (§7). Schädliche Bodenveränderungen sind abzuwehren (BBodSchG §4). Demzufolge geben wir im Folgenden Empfehlungen zum Bodenschutz bei der Planung (z.B. für Potenzialstudien, Bauleitplanung) und bei Bau- bzw. Rückbaumaßnahmen von WEA. Zudem geben wir fachliche Hinweise zur weiteren Prüfung im Verfahren.</p> <p>Als Datenbasis zur Bearbeitung des Schutzgutes Boden empfehlen wir unsere Bodenkarte i.M. 1:50.000 (BK50) und ihre Vielzahl an Auswertungskarten – u.a. zu Suchräumen für schutzwürdige Böden und zu Empfindlichkeiten der Böden. Sofern genauere Informationen zu den Böden im Gebiet vorliegen, sollten diese zusätzlich herangezogen werden.</p> <p>Zur fachgerechten Berücksichtigung in der Planung sollte das Schutzgut Boden in dem zu erarbeitenden Umweltbericht entsprechend der Anlage 1 Baugesetzbuch (BauGB) ausführlich beschrieben und eine Bodenfunktionsbewertung entsprechend der im Bundes-Bodenschutzgesetz (vgl. § 2 BBodSchG) genannten Funktionen vorgenommen werden. Zur Unterstützung bei der Bewertung der Bodenfunktionen und der Empfindlichkeiten von Böden stellt das LBEG über den NIBIS® Kartenserver bodenkundliche Netzdiagramme bereit, die in der Planung verwendet werden können. Eine Beschreibung der Diagramme und Hinweise zur Anwendung finden Sie in Geofakten 40.</p>		<p>Die Hinweise zum Schutzgut Boden werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird im Rahmen der Bearbeitung der Umweltberichte beachtet.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Im Plangebiet befinden sich laut den Daten des LBEG Suchräume für schutzwürdige Böden entsprechend GeoBerichte 8 (Stand: 2019). Im Plangebiet handelt es sich um folgende Kategorien:</p> <p>Kategorie extrem nasse Böden hohe - äußerst hohe Bodenfruchtbarkeit</p> <p>Die Karten können auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden. Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen.</p> <p>Schutzwürdige Böden sollten bei der Ermittlung des Kompensationsbedarfs besondere Berücksichtigung finden.</p> <p>Entsprechend den Daten des LBEG sind die Böden empfindlich gegenüber Bodenverdichtung (siehe Auswertungskarte „Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung“ auf dem NIBIS® Kartenserver). Verdichtungen sind durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden – zum Schutz und zur Minderung der Beeinträchtigungen des Bodens.</p> <p>Durch die Planung werden kohlenstoffreiche Böden mit Bedeutung für den Klimaschutz beansprucht. Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten sollen entsprechend dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 06) in ihrer Funktion als natürliche Speicher für klimarelevante Stoffe erhalten werden. Die Daten können auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden.</p> <p>In der Planungsphase lassen sich aus bodenschutzfachlicher Sicht mehrere Möglichkeiten der Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen des Schutzguts bedenken und – wenn möglich – in Ausschreibungen bzw. folgende Planungsstufen übernehmen. Besonders schutzwürdige oder empfindliche Bereiche sollten wenn möglich von einer Bebauung ausgenommen werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung</p>	<p>Die Abgrenzung des Geltungsbereichs der vorliegenden Bauleitplanung resultiert aus der Ausweisung eines Eignungsgebiet Windenergienutzung der 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) Emsland 2010 – sachlicher Teilabschnitt Energie, rechtskräftig seit dem 15.02.2016. Der Landkreis Emsland hat im Rahmen der 1. Änderung des RROP ein gesamträumliches Planungskonzepts zur Steuerung von Windenergie erstellt. Raumbedeutsame Windenergieanlagen sind nur in den regionalplanerisch ausgewiesenen Vorrang- und Eignungsgebieten zulässig (RROP Abschnitt 4.9, Ziffer 02 Satz 2 und 3). Die Stadt Papenburg kommt mit der Flächennutzungsplanänderung dem Anpassungsgebot gemäß § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung nach. Darüber hinaus wird im RROP im Bereich des Prüfgeländes das Eignungsgebiet Windenergienutzung Nr. 2 "Teststrecke-Papenburg" ausgewiesen.</p> <p>Die Bilanzierung der Eingriffe im Rahmen des Umweltberichtes zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 145 erfolgt nach dem Nds. Städtetagmodell.</p> <p>In den Umweltbericht werden entsprechende Hinweise zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen aufgenommen.</p> <p>Der Bau von Windenergieanlagen dient auch selbst dem Klimaschutz und verursacht im Vergleich zu anderen Bauleitplanungen verhältnismäßig geringe Eingriffe in den Boden. Durch bodenschonende Bauweisen und Tiefengründungen (Pfahlgründungen) der WEA kann der Eingriff in den Boden und die Menge des erforderlichen Bodenaus-hubs reduziert werden.</p> <p>In den Umweltbericht werden entsprechende Hinweise zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen aufgenommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau -Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden.</p> <p>Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernässung). Dementsprechend empfehlen wir Bodenabtrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Wir weisen in diesem Kontext auf die LBEG Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin.</p> <p>Hinweise Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>In den Umweltbericht werden entsprechende Hinweise zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen aufgenommen.</p> <p>Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungsplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungsplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
4. LGLN Regionaldirektion Hameln-Hannover Kampfmittelbeseitigungsdienst Dorfstraße 19 30519 Hannover	
<p>Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage):</p> <p><u>Empfehlung: Luftbilddauswertung</u></p> <p>Fläche A Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet. Luftbilddauswertung: Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet. Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt. Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt. Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p>Fläche B Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet. Luftbilddauswertung: Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt. Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt. Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt. Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p><u>Empfehlung: Kein Handlungsbedarf</u></p> <p>Fläche C Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet. Luftbilddauswertung: Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet. Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt. Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt. Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.</p> <p>Hinweise:</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Der Geltungsbereich der 1. Änderung wird zum Entwurf im Wesentlichen auf Fläche C reduziert. Im übrigen Bereich sind keine baulichen Vorhaben vorgesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

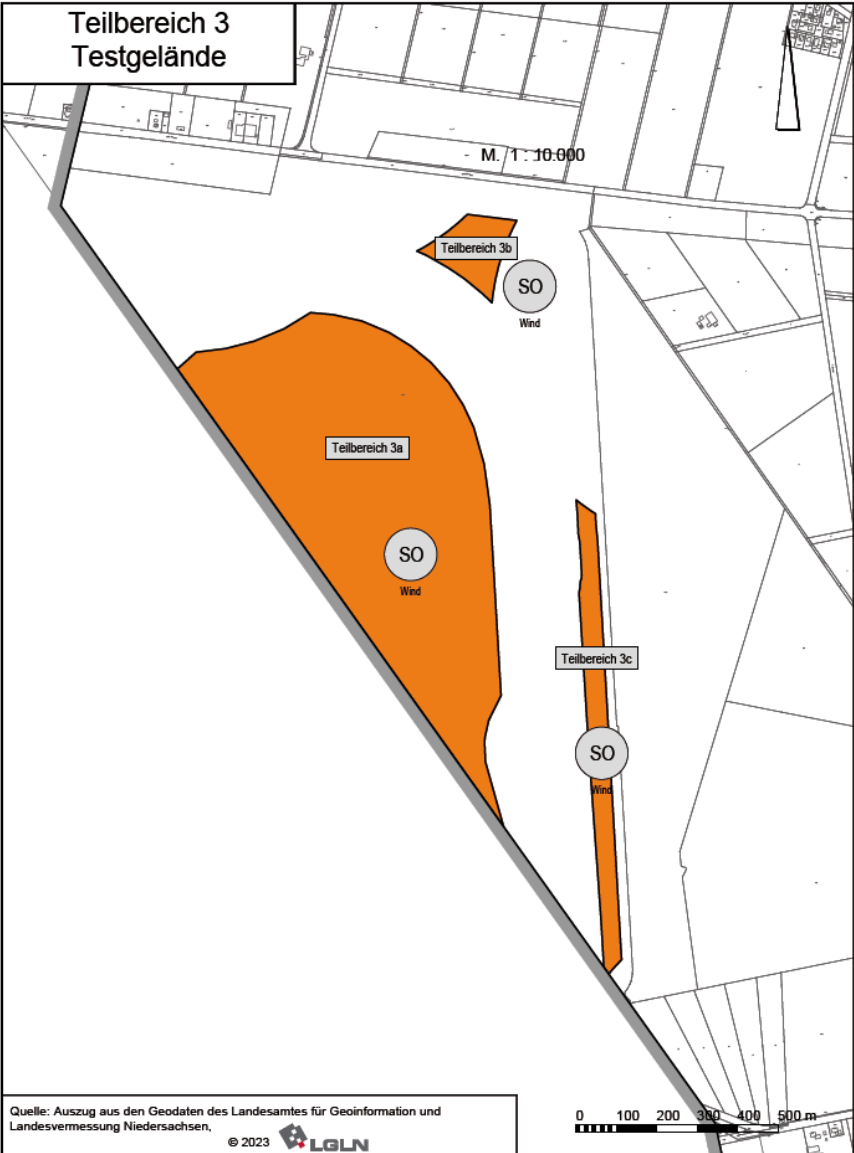
	Anregungen		Abwägungsvorschläge
	Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.		Der Hinweis wird berücksichtigt.



Anregungen	Abwägungsvorschläge
5. NLWKN - Betriebsstelle Meppen Haselünner Str. 78 49716 Meppen	
<p>am 10.01.2024 sandten Sie uns per E-Mail die Benachrichtigung zur Beteiligung zu dem im Betreff genannten Vorhaben mit der Bitte um Stellungnahme zu. Nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) der Betriebsstelle Meppen (Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft) zu dem o. g. Vorhaben.</p> <p>Darstellung des Sachverhalts Die Erforderlichkeit für die Planungen ergibt sich aus der Errichtung eines Windparks mit insgesamt 20 Windenergieanlagen auf dem Prüfgelände in der Stadt Papenburg (13 Anlagen) und der Gemeinde Surwold (7 Anlagen). Ein Teilbereich des Prüfgeländes südlich der Johann-Bunte-Straße wird raumordnerisch bereits als Eignungsgebiet für die Erzeugung von Windenergie festgelegt. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 145/A „Prüfgelände Teilbereich A“, 1. Änderung und der 124. Änderung des Flächennutzungsplanes „Windpark Südlich Johann-Bunte-Straße“ sollen nun die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung des Windparks geschaffen werden.</p> <p>I.Stellungnahme als Träger Öffentlicher Belange (TÖB) Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft Zuständige Ansprechperson: Herr Heuving, Fax: 05931/406-100 E-Mail: franz-johann.Heuving@nlwkn.niedersachsen.de und die Unterzeichnerin</p> <p>Anlagen, Grundstücke des Pegelwesens und Naturschutzes und Messstellen des NLWKN sind durch die Planungen nicht betroffen.</p> <p>Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gemäß RdErl. d. MU vom 6.03.2018 zu § 29 NWG. Ich gehe davon aus, dass die wasserwirtschaftlichen Belange von der verfahrensführenden Stelle geprüft werden und der GLD ggf. beteiligt wird. Bei einer Beteiligung des GLD sind gem. Abschnitt 4 des vorgenannten RdErl. dem GLD die dafür erforderlichen Unterlagen mit einer</p>	<p>Die Ausführungen sind korrekt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die vorliegende Bauleitplanung erfordert keine Beteiligung des Gewässerkundlichen Landesdienstes.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>ausführlichen Begründung der aus Sicht der beteiligenden Stelle zu erwartenden wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zuzuleiten. (Zuständige Ansprechperson: Heidrun Lucas, Tel. 05931/406-150, E-Mail: heidrun.lucas@nlwkn.niedersachsen.de und poststelle.mep@nlwkn.niedersachsen.de)</p> <p>Hinweise</p> <ul style="list-style-type: none"> • Direkt nordöstlich angrenzend befindet sich das Trinkwasserschutzgebiet (WSG) „Collinghorst“. • Wir hängen dieser Stellungnahme ein Merkblatt zum Grundwasserschutz bei Windkraftanlagen mit der Bitte um Beachtung an. Das Merkblatt ist der E-Mail mit der Sie diese Stellungnahme empfangen haben angehängt, aber auch hier abrufbar: https://www.umwelt.niedersachsen.de/download/112319/Merkblatt_Grundwasserschutz_beim_Bau_und_Betrieb_von_Windenergieanlagen_Stand_Oktober_2016_.pdf • Es ist zu gewährleisten, dass während der Bauarbeiten kein Baumaterial (z. B. Zement, Beton, Farbe, Schutt) oder Öle, Fette und sonstige Stoffe in, für Fische und andere aquatische Organismen, schädlichen Mengen von der Baustelle, den Baufahrzeugen oder aus Vorratsbehältern (z. B. für Hydrauliköl) in das Gewässersystem oder das Grundwasser gelangen. Entsprechende Havariebekämpfungsmittel sind vorzuhalten. Auch der Eintrag von Sand/Sediment ist zu verhindern. Dabei ist auch ein möglicher Sandeintrag aus der vegetationslosen Trasse z.B. durch Starkregen zu berücksichtigen. Der Eingriff ist so gering wie möglich zu gestalten. <p>Von der Entscheidung/Abwägung erbitte ich eine Ausfertigung für unsere Akten.</p> <p><u>Anlagen (per E-Mail-Anhang)</u> -Merkblatt Grundwasserschutz beim Bau und Betrieb von Windenergieanlagen des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Oktober 2016</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Planung hat keine Auswirkung auf das Trinkwasserschutzgebiet. Das Merkblatt wird an den Vorhabenträger des Windparks für die Ausführungsplanung weitergeleitet.</p> <p>Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Ausführungsplanung zu berücksichtigen.</p>

	Anregungen		Abwägungsvorschläge
6.	Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege Abteilung Archäologie- Abteilung Archäologie – Stützpunkt Oldenburg Ofener Straße 15 26121 Oldenburg		
	Vonseiten der archäologischen Denkmalpflege bestehen keine Bedenken gegen die Planung. Lediglich der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden sollte in die Planzeichnung aufgenommen werden.		Ein entsprechender Hinweis wird in die Planzeichnung aufgenommen.
7.	Gemeinde Rhaderfehn Der Bürgermeister 1. Südwieke 2a 26817 Rhaderfehn		
	seitens der Gemeinde Rhaderfehn bestehen keine Bedenken gegen die oben genannte Planung. Vielmehr wird die Planung unterstützt, da seitens der Gemeinde Rhaderfehn ebenfalls beabsichtigt ist für den Teilbereich der Teststrecke, die innerhalb des Gemeindegebiets der Gemeinde Rhaderfehn liegt, eine Sondergebietsfläche „Windenergie“ im Flächennutzungsplan auszuweisen (siehe hierzu anliegenden Vorentwurf der 71. Flächennutzungsplanänderung).		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Auszug aus Anlage:		

Anregungen	Abwägungsvorschläge
 <p>The map shows a large orange-shaded area labeled 'Teilbereich 3 Testgelände'. This area is divided into three sub-areas: 'Teilbereich 3a' (a large irregular shape), 'Teilbereich 3b' (a small triangular shape at the top), and 'Teilbereich 3c' (a narrow vertical strip on the right). Each sub-area contains a circular symbol with 'SO' and 'Wind' below it. A scale bar at the bottom indicates distances from 0 to 500 meters. A source note at the bottom left states: 'Quelle: Auszug aus den Geodaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen. © 2023 LGLN'. A north arrow is located in the top right corner of the map area.</p>	

	Anregungen		Abwägungsvorschläge
8.	Landkreis Leer Bergmannstraße 37 26789 Leer	<p>die Stadt Papenburg beabsichtigt, die Errichtung eines Windparks auf dem Prüfgelände der ATP Automotive Testing Papenburg GmbH im Osten des Stadtgebietes planungsrechtlich zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden die 124. FNP-Änderung sowie die 1. Änderung des B-Plans Nr.145 aufgestellt.</p> <p>Gemäß § 1Abs. 7 Baugesetzbuch hat die Gemeinde bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Zu den o. a. Bauleitplanungen nehme ich daher - ohne dem von Ihnen vorzunehmenden Abwägungsprozess vorzugreifen - für die einzelnen von mir zu vertretenden Fachbereiche in dieser zusammengefassten Stellungnahme wie folgt Stellung:</p> <p>Aus raumordnerischer und planungsrechtlicher Sicht nehme ich wie folgt Stellung.</p> <p>Ziel der o.g. Bauleitplanverfahren ist die Errichtung eines Windparks auf dem Prüfgelände der ATP Automotive Testing Papenburg GmbH. Insgesamt sollen 20 Windenergieanlagen errichtet werden. Die Anlagen der Teststrecke sollen dabei soweit berücksichtigt werden, dass weiterhin ein entsprechender Betrieb möglich ist. Von der Planung sind die Stadt Papenburg sowie die Gemeinde Surwold (Samtgemeinde Nordhümmling) räumlich betroffen. Zur planungsrechtlichen Absicherung ist hier jeweils eine Anpassung der Bauleitplanung erforderlich. Da die Planungen analog aufgestellt werden und gleichartige Belange des Landkreises Leer betroffen sind, erfolgt eine gemeinsame Bewertung:</p> <p>Die Errichtung der Windenergieanlagen ist innerhalb eines Eignungsgebietes Windenergienutzung, welches mit der 1. Änderung des RROP 2010 des Landkreis Emsland festgesetzt wurde, vorgesehen. Die Abgrenzung dieses Eignungsgebietes wurde im Rahmen der Beteiligung des Landkreises Leer zur besagten RROP Änderung seinerzeit gemeinsam abgestimmt, so dass gegenüber der Realisierung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet grundsätzlich keine Bedenken bestehen.</p> <p>Die angestrebte Doppelnutzung eines infrastrukturell stark vorgeprägten Bereiches ist im Sinne des Bündelungsgebotes aus raumordnerischer</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>und planungsrechtlicher Sicht nachvollziehbar. Dadurch, dass die Außengrenze des Eignungsgebietes nicht überstrichen werden darf, ist gewährleistet, dass die damals abgestimmten Mindestabstände auch von den Rotoren eingehalten werden.</p> <p>Innerhalb des Landkreises Leer liegen nach dem Landschaftsrahmenplan von 2021 Landschaftsbildeinheiten mit einer hohen Bewertung in räumlicher Nähe, es bestehen jedoch bereits Vorbelastungen durch zwei Windparks im Bereich der Gemeinde Rhauderfehn, so dass hier kein unverhältnismäßiges Konfliktpotenzial gesehen wird. Der Verzicht auf Höhenbeschränkungen kann aufgrund der damit verbundenen fehlenden Anrechenbarkeit auf den Flächenbeitragswert nach dem WindBG nachvollzogen werden.</p> <p>In den Planunterlagen wird einleitend darauf hingewiesen, dass nach erfolgtem Bauleitplanverfahren sich das Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG anschließt und dort alle maßgeblichen Belange noch einmal auf Basis der Detailplanung geprüft werden. Genannt wird dort auch die Umweltverträglichkeitsprüfung. Zum einen ist dies ggf. missverständlich, da ja eine entsprechende Prüfung in jedem Fall auch im Rahmen der Bauleitplanung erfolgen muss (was ausweislich der Planunterlagen und durchgeführter Kartierungen auch vorgesehen ist). Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass vor dem Hintergrund der Regelungen nach § 6 WindBG sowie der im November 2023 verabschiedeten Novelle der Europäischen Erneuerbaren Energien- Richtlinie ("Beschleunigungsgebiete") die Prüfung von Umweltaspekten auf Genehmigungsebene deutlich aufgeweicht wird. Die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind somit bereits auf planerischer Ebene umfangreich zu berücksichtigen. Eine Abschiebung auf nachfolgende Ebenen ist aufgrund der dort fehlenden Verbindlichkeit einer Umweltprüfung kritisch zu sehen.</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen werden aus naturschutzfachlicher Sicht folgende Anregungen und Hinweise vorgetragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausweislich der Planunterlagen werden in den o. a. Bauleitplanungen bezüglich der Windenergieanlagen (WEA) auf eine Höhenbeschränkung verzichtet. Zur naturschutzfachlichen Bewertung eines potentiellen Eingriffs i. S. d. § 14 BNatSchG auf Flächen des Landkreises Leer sind Angaben zur Nabenhöhe und zur Rotorhöhe der 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Umweltbericht zum Bebauungsplan entspricht den gesetzlichen Anforderungen einer vollumfänglichen Umweltprüfung gem. BauGB inklusive artenschutzrechtlicher Prüfung. Der Umweltbereich wird als Teil II der Begründung den Unterlagen zum Verfahren § 3 (2) und § 4 (2) BauGB beigelegt.</p> <p>Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung erfolgt keine Festsetzung von Höhen. Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 5 WindBG wäre die Flächen andernfalls nicht auf den Flächenbeitragswert anrechenbar. Als Referenzanlage wird eine WEA mit einer Gesamthöhe von 250 m und einem Rotorradius von 82 m angesetzt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>WEA spätestens auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung zu benennen (u. a. zur Bewertung eines potentiellen Eingriffs in das Landschaftsbild). Sofern keine konkreten Daten zur Höhe der WEA vorliegen ist alternativ zu ermitteln, welche Anlagentypen mit den entsprechenden Höhen am häufigsten oder häufig zum Zeitpunkt der Abwägung bzw. der eigentlichen Planerstellung errichtet wurden. Diese Referenzanlage wäre für den zu ermittelnden Eingriffsraum anzusetzen.</p> <p>2. Gemäß der Angaben in den Planunterlagen sind die Kartierungen zu den Biotoptypen und zur Fauna zwischenzeitlich abgeschlossen, wobei die Gutachten zu den Kartierungen noch geschrieben werden. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist diesbezüglich eine Bewertung der naturschutzfachlichen Belange im Rahmen der hier vorgelegten Unterlagen nicht möglich. Die fehlenden Gutachten/Untersuchungen sind spätestens bis zur öffentlichen Auslegung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in die Planung einzustellen.</p> <p>3. Vom Landkreis Leer können entsprechende Daten/Untersuchungen zur Fauna, Landschaftsbildbewertung und den Biotoptypen zur Verfügung gestellt werden. Daneben wird auf den aktuellen Landschaftsrahmenplan des Landkreises Leer hingewiesen. Die Unterlagen zum Landschaftsrahmenplan sind online abrufbar unter https://www.landkreis-leer.de/Leben-Lernen/Natur-Tiere-Umwelt/Aktuelles/Landschaftsrahmenplan/ (Planwerk in Text, Karten, Anlagen als pdf-Dateien) und https://landkreisleer.sharefile.eu/share/view/s4c5b0d56cc01489391fdl3511591ebfc/fo18b5f9-538f-48a6-b460-346ead2e829a (GIS-Daten zu den Karten sowie eine mpk mit "Dynamischen Daten", also veränderbare Daten, die sich ggf. nach dem Zeitpunkt des Datenschlusses für den LRP verändert haben).</p> <p>4. Die Prüfung der ökologischen Belange und der Beeinträchtigung von Schutzgütern soll im Rahmen eines noch zu erstellenden Umweltberichtes gemäß § 2a BauGB erfolgen. Da zurzeit kein Umweltbericht vorliegt, ist aus naturschutzfachlicher Sicht eine Bewertung der naturschutzfachlichen Belange im Rahmen der hier vor-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Umweltbericht zum Bebauungsplan entspricht den gesetzlichen Anforderungen einer vollumfänglichen Umweltprüfung gem. BauGB inklusive artenschutzrechtlicher Prüfung. Der Umweltbereich wird als Teil II der Begründung den Unterlagen zum Verfahren § 3 (2) und § 4 (2) BauGB beigelegt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Umweltbericht zum Bebauungsplan entspricht den gesetzlichen Anforderungen einer vollumfänglichen Umweltprüfung gem. BauGB inklusive artenschutzrechtlicher Prüfung. Der Umweltbereich wird als Teil II der Begründung den Unterlagen zum Verfahren § 3 (2) und § 4 (2) BauGB beigelegt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>gelegten Unterlagen nicht möglich. Der Umweltbericht ist spätestens bis zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB in die Planung einzustellen.</p> <p>5. Ich weise vorsorglich daraufhin, dass aus naturschutzfachlicher Sicht bei der Planung die artenschutzrechtlichen Belange i. S. d. § 44 BNatSchG mit zu berücksichtigen sind. Diese sind entsprechend im Umweltbericht bzw. in einer artenschutzrechtlichen Prüfung einzustellen. Bei der artenschutzrechtlichen Bewertung eines Gebietes ist zu beachten, dass ein Plan, der im Zeitpunkt seiner Aufstellung erkennbar wegen bestehender rechtlicher Hindernisse nicht verwirklicht werden kann, unzulässig ist. Artenschutz stünde einer Windenergieflächenplanung dann entgegen, wenn er dauerhaft ein unüberwindliches Hindernis für jedwede Windenergieanlage darstellen würde. Bereits im Zuge der Ausweisung von Windenergiegebieten ist daher eine - dem Planungsmaßstab angepasste- Prognose vorzunehmen, ob auch unter artenschutzrechtlichen Aspekten die Erteilung von Anlagengenehmigungen für Windenergieanlagen zulässig erscheint. Insofern bilden die §§ 44ff BNatSchG einen für die Planungsebene relevanten Orientierungsrahmen, solange keine spezielle Bundes-VO zur Behandlung von artenschutzfachlichen Belangen in der Planung vorliegt. Für die kollisionsgefährdeten Brutvogelarten, die in Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG genannt sind, ist vorrangig die Spezialvorschrift des § 45b BNatSchG einschlägig. § 45b BNatSchG gilt allerdings nur für die Beurteilung des Tötungs- und Verletzungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG in Bezug auf einzelne Individuen. § 45b BNatSchG hat nur einen eng begrenzten Inhalt und gilt nicht für § 44 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 BNatSchG (insbesondere populationsbezogene Störungsverbote oder den Umgang mit Ansammlungen). Die Störungsverbote sind weiterhin zu berücksichtigen.</p> <p>Ich bitte Sie, die Hinweise und Anregungen im weiteren Planverfahren zu beachten und bitte um Beteiligung im weiteren Verfahren.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der weiteren Planung beachtet.</p> <p>In 2022/2023 wurden Bestandserfassungen von Brut- und Rastvögeln sowie von Fledermäusen vom Büro ORCHIS durchgeführt, die dem Umweltbericht zugrunde liegen. Zum Entwurf werden dem Umweltbericht die vollständigen Gutachten zu Avifauna und Fledermäusen zugrunde gelegt und veröffentlicht. Auf der Basis dieser Gutachten wird im Rahmen des Umweltberichtes auch eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt.</p>

	Anregungen		Abwägungsvorschläge
9.	Nabu Emsland/Grafschaft Bentheim Haselünner Straße 15 49716 Meppen	<p>mit Bezug auf die öffentliche Bekanntmachung und Ihre Beteiligungsmail jeweils vom 10.1.2024 gibt der NABU-Regionalverband Emsland/Grafschaft Bentheim e.V. sowohl im eigenen Namen als auch im Namen des NABU-Landesverbandes Niedersachsen folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Der NABU-Regionalverband wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Busmann. Der NABU-Landesverband Niedersachsen wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Holger Buschmann.</p> <p>Der NABU hat vor allem folgende Bedenken, Anregungen und Hinweise aufgrund der ausgelegten Unterlagen.</p> <p>Präambel</p> <p>Grundsätzlich ist in der Wissenschaft unumstritten, dass Klima- und Biodiversitätskrise identisch hohe Herausforderungen darstellen. Im Hinblick auf den Arten- und Biotopschutz ist deshalb unbedingt geboten, Windenergieanlagen nur an natur- und artenschutzrechtlich unproblematischen Standorten zu errichten.</p> <p>1. Erforderlicher Bestandserfassungen</p> <p>In dem Dokument "Grundzüge der Planung" (S. 4) wird dargestellt, dass bereits Kartierungen von Biotoptypen und Fauna erfolgt sind. Dies ist zu begrüßen. Bereits jetzt soll darauf hingewiesen werden, dass diese Gutachten mit im Rahmen der zweiten Öffentlichkeitsbeteiligung auszulegen sind, da nur auf ihrer Grundlage mit der genauen Beschreibung der Methodik und der genauen textlichen und kartographischen Beschreibung der Ergebnisse die nachfolgende Beurteilung der Beeinträchtigungen nachvollziehbar ist.</p> <p>Rein vorsorglich wird noch einmal darauf hingewiesen, dass für Brutvögel zumindest die Standarduntersuchungen und Standardraumnutzungskartierungen erforderlich sind. Ggf. ist auch eine vertiefte Raumnutzungsanalyse</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Planung erfolgt innerhalb eines im RROP ausgewiesenen Eignungsgebiet für Windenergie auf einem infrastrukturell vorgeprägten Gelände. Im Rahmen der Bauleitplanung werden zudem die Ergebnisse der avifaunistischen Kartierungen eingestellt und bewertet.</p> <p>Die Unterlagen werden zum Verfahren gemäß Verfahren § 3 (2) und § 4 (2) BauGB beigelegt.</p> <p>Die Brut- und Rastvogelkartierungen wurde gemäß dem Leitfaden „Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Niedersachsen“ (Nds. Artenschutzleitfaden) von 2016 (Nds.MBl. Nr. 7 vom 24.02.2016 S. 190) durchgeführt und entspre-</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>durchzuführen. Auf jeden Fall ist auch eine Horstbaumkartierung im unbebauten Zustand der Bäume durchzuführen. Ebenso sind Rastvogelerfassungen erforderlich.</p> <p>Außerdem ist im Hinblick auf Fledermäuse zumindest eine Bestandserfassung erforderlich, die es ermöglicht, (potenzielle) vorhandene Quartiere zu identifizieren und zu bewerten, die von der Planung betroffen sein könnten. Dies gilt insbesondere auch für die Gehölzbestände entlang von (neuen) Wegen, die im Zuge des Transports für die Rotoren und anderen großen Bauteile gefällt werden müssen.</p> <p>2. Bekannte Artvorkommen</p> <p>Folgende Artvorkommen sind dem NABU aus dem Bereich Friesenmoor/Wildes Moor westlich des Testgeländes bekannt, die am 24.5. und 21.6.23 erfasst wurden</p> <p>Windkraftsensible Arten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kiebitz (mind. 15 Ind., davon mind. 6 mit revieranzeigendem Verhalten) • Großer Brachvogel (mind 2. Ind., davon mind. lind. mit revieranzeigendem Verhalten) • Feldlerchen (nicht gezählt) • Rotschenkel (mind 6. Ind., davon mind. 3 Ind. mit revieranzeigendem Verhalten) • Rohrweihe (mind. 1ad. Männchen im Gebiet Nahrung suchend) • Lachmöwen (insges. 2 Kolonien, davon eine mit mind. 40 BP in unmittelbarer Nähe zur Teststrecke) <p>Weitere bemerkenswerte Arten im Gebiet sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zwergtaucher (mind. 1BP mit 4 juv. in unmittelbarer Nähe zur Teststrecke) • Schwarzhalsstaucher (mind. 2 BP in unmittelbarer Nähe zur Teststrecke) 	<p>chen somit den bisherigen fachlichen Standards. Es wurde auch eine Standardraumnutzungskartierung und eine Horstbaumkartierung gem. dem o.g. Leitfaden durchgeführt.</p> <p>Auch die durchgeführten Bestandserfassungen von Fledermäusen erfolgten gem. dem Nds. Artenschutzleitfaden.</p> <p>Um die Diversität der Fledermausfauna sowie deren Quartiermöglichkeiten und Flugaktivität zu ermitteln und zu bestimmen, wurde bei den Untersuchungen 2022 und 2023 eine mobile sowie standortbezogene Erfassungsmethode angewandt. Ebenfalls wurde eine Dauererfassung durchgeführt. den akustischen Erfassungen wurde eine Quartierpotentialanalyse mit Quartiersuche und eine Datenabfrage beim Niedersächsischen für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz durchgeführt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Durch die ORCHIS Umweltplanung GmbH erfolgten avifaunistischen Kartierungen zu Zug-, Rast- und Brutvögeln sowie Fledermäusen zwischen Sommer 2022 und 2023. Die Ergebnisse dieser systematischen Kartierungen werden dem Umweltbericht zugrunde gelegt und zum Verfahren gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB in die Planung eingestellt.</p> <p>Von den genannten Arten wurden die Arten Schwarzhalsstaucher und Zwergtaucher im Rahmen der Kartierungen 2023 nicht festgestellt. Sie werden im Rahmen des Umweltberichtes und der Artenschutzprüfung vorsorglich mit betrachtet.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> • Waldwasserläufer (mind. 2 Ind. Nahrung suchend) • Flussuferläufer (mind. 4 Ind. Nahrung suchend) • Flussregenpfeifer (mind. lind. mit revieranzeigendem Verhalten) • Wiesenpieper (nicht gezählt) • Schwarzkehlchen (nicht gezählt, mind. 1BP mit 2 flüggen Juv. in unmittelbarer Nähe zur Teststrecke) • Blaukehlchen (nicht gezählt) • Baumpieper (nicht gezählt) <p>Diese Daten wurden bereits mit E-Mail vom 22.6.2023 an Frau XXXX von der UKA-Gruppe übermittelt. Außerdem wurde auf den Brutplatz eines Seeadlers im Planungsraum hingewiesen.</p> <p>Die genannten Vorkommen sind bei den Planungen entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p>3. Erhebliche Beeinträchtigungen vorhandener Kompensationsflächen zu prüfen</p> <p>Es ist zu prüfen, ob im Bereich des Wirkraumes der geplanten WEA bestehende Kompensationsflächen liegen, deren Kompensationsziel ggf. durch die Errichtung der WEA nicht mehr erfüllt werden kann. Sofern das der Fall ist, sind die Beeinträchtigungen an geeigneter Stelle zu kompensieren.</p> <p>4. Vermeidungs- und Kompensations-/CEF-Maßnahmen als textliche Festsetzungen in die Darstellungen in die Bauleitpläne aufnehmen</p> <p>Bereits jetzt ist absehbar, dass die im B-Plan-Entwurf unter "Hinweise/Nachrichtliche Übernahmen" unter Punkt 4 formulierten Vermeidungsmaßnahmen keinesfalls ausreichen, um den natur- und artenschutzrechtlichen Erfordernissen zu genügen. Vielmehr wird eine große Zahl an Vermeidungs- und Kompensations-/CEF-Maßnahmen erforderlich sein, sofern an dem Planungsziel festgehalten wird. Dabei sind alle Vermeidungs- und Kompensations-/CEF-Maßnahmen zwingend als textliche Darstellungen in die Bauleitpläne aufzunehmen. Nach dem bisherigen Wissensstand sind mindestens folgende Maßnahmen erforderlich:</p>	<p>Die Windparkplanung (Baufenster) erfolgt nicht im Bereich von Kompensationsflächen. Im Ostenk liegt eine kurze Wegstrecke der Erschließung</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Erforderlichkeit von CEF-Maßnahmen hat sich im Rahmen der Umweltprüfung und Artenschutzprüfung jedoch nicht ergeben. In den Umweltbericht werden entsprechende Hinweise zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie zur Kompensation von Eingriffen aufgenommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Vermeidungsmaßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der notwendige Gehölzeinschlag ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren, um potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erhalten. Besonders auf die Fällung von Altholzbeständen und Höhlenbäumen ist möglichst ganz zu verzichten. • Notwendige Fäll- und Rodungsarbeiten erfolgen nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September (vgl. § 39 Abs. 5 BNatSchG) zur Vermeidung baubedingter Tötungen oder Verletzungen gehölzbrütender Vogelarten. • Unverzichtbare Fäll- und Rodungsarbeiten sowie bodenbearbeitende Eingriffe sind durch eine Ökologische Baubegleitung (ÖBB) durch eine Fachkraft zu begleiten. Es erfolgt dabei eine artenschutzrechtliche Kontrolle auf Besatz mit Vögeln, Fledermäusen oder Amphibien und eine Kontrolle auf dauerhaft genutzte Fortpflanzungs- und Ruhestätten dieser Artengruppen. Gegebenenfalls sind in Abstimmung mit der UNB weitere Maßnahmen zu ergreifen, um betroffene Arten zu schützen. • Die Herrichtung des Baufeldes (Baufeldfreimachung für Stellflächen, Wegeneu- und -ausbau insbesondere auf landwirtschaftlichen Flächen, Ruderalfluren, Brachen sowie an Wegerändern und Gräben) erfolgt nicht in der Zeit vom 1. März bis 31. Juli zur Vermeidung der Zerstörung von Gelegen. • Nötige Grundwasserabsenkungen im Einflussbereich von Kleingewässern sind grundsätzlich außerhalb der Brutzeit von Vögeln und der Laichzeit von Amphibien (01.01.- 31.07.) durchzuführen. Sollten Absenkungen zwingend innerhalb dieser Zeit notwendig werden, dürfen die vorhandenen Gewässer in ihrer biologischen Funktion nicht beeinträchtigt werden. • Zur Vermeidung von Kollisionen von Fledermäusen sind die WEA in der Zeit vom 01.04. bis zum 31.10. bei Windgeschwindigkeiten unterhalb von 7,5 m/s in Gondelhöhe, Temperaturen über 10°C und kein Regen (die Kriterien müssen zeitgleich erfüllt sein) zwischen eine Stunde vor Sonnenuntergang und eine Stunde nach 	<p>In den Umweltbericht werden entsprechende Hinweise zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen aufgenommen.</p> <p>S. O.</p> <p>S. O.</p> <p>S. O.</p> <p>S. O.</p> <p>Grundwasserabsenkungen bedürfen einer gesonderten Genehmigung. Pauschale Aussagen zu erforderlichen Nebenbestimmungen sind nicht möglich. Im Rahmen der Antragstellung sind die Auswirkungen zu prüfen und Vermeidungsmaßnahmen zu benennen und durch die Genehmigungsbehörde festzulegen.</p> <p>In den Umweltbericht werden Hinweise zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen für Fledermäuse aufgenommen. Eine pauschale Vorgabe für Abschaltungen existiert jedoch nicht. Es obliegt der Genehmigungsbehörde, entsprechende Auflagen zu notwendigen Vermeidungsmaßnahmen durch Abschaltungen der WEA auf der Basis der Erkenntnisse aus dem Fledermausgutachten in die Genehmigung mit aufzunehmen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Sonnenaufgang abzuschalten. Durch ein Gondelmonitoring können die Abschaltzeiten ggf. nachträglich "betriebsfreundlich" optimiert werden. Die Drehzahlen der WEA müssen bei Abschaltung auf weniger als 2 Umdrehungen pro Minute begrenzt werden, da ansonsten trotz Leerlaufs zu hohe Geschwindigkeiten an den Rotorblattspitzen erreicht werden, was wiederum mit einem Schlagrisiko einhergeht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zum Schutz der Greifvögel vor Kollision ist die Mastfußumgebung von Windenergieanlagen so klein wie möglich zu halten und so zu gestalten, dass möglichst ganzjährig eine dichte Vegetation herrscht, um eine Thermikbildung zu minimieren. Falls Pflegeschnitte des Mastfußbereiches doch notwendig sind, erfolgen diese nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September. • Lichtimmissionen sind zu vermeiden, um Beeinträchtigungen von Mensch und Natur (insbesondere auch Insekten und Fledermäuse) so gering wie möglich zu halten. Während der Bauphase ist die Ausleuchtung der Baustellen und der Zuwegungen auf ein nötiges Minimum zu reduzieren. Eine Ausleuchtung der angrenzenden Flächen ist zu vermeiden. Beleuchtung sollte ausschließlich von oben erfolgen und so abgeblendet werden, dass kein direktes Licht zu den Seiten ausgestrahlt wird. In der Betriebsphase ist eine Beleuchtungsmöglichkeit nur an Orten anzubringen, an denen sie zwingend gebraucht wird. Mittels Bewegungsmeldern und ggf. Dimmer sind die Lichtimmission zu reduzieren. Zudem sind insektenfreundliche Lampen und Leuchtmittel zu verwenden, die eine Temperatur von 60°C nicht über- und eine Wellenlänge von 590 nm nicht unterschreiten. Ein Ausleuchten von Gehölzbeständen ist nicht gestattet. • Erforderliche Bauarbeiten im Bereich von Gewässern sind durch eine Ökologische Baubegleitung (ÖBB) einer Fachkraft zu begleiten. Es erfolgt dabei eine artenschutzrechtliche Kontrolle auf das Vorkommen des Fischotters. Sind Fischotterspuren erkennbar, sind ggf. weitere Maßnahmen zum Schutz der Art zu veranlassen. 	<p>In den Umweltbericht werden Hinweise zu Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen aufgenommen. Es obliegt der Genehmigungsbehörde, entsprechende Auflagen zu notwendigen Vermeidungsmaßnahmen im Detail in die Genehmigung mit aufzunehmen.</p> <p>S. O.</p> <p>S. O. Hinweise auf Vorkommen von Fischottern wurden seitens der Naturschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung Träger öffentlicher Belange nicht gegeben und sind nicht bekannt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Weitere Vermeidungsmaßnahmen werden voraussichtlich aufgrund der konkreten Anlagenplanungen und auf Grundlage der Bestandserfassungen und insbesondere auch für die Rastvogelarten und schlaggefährdete Greifvogelarten zu definieren sein.</p> <p><u>CEF-/Kompensationsmaßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Für den Großen Brachvogel werden zur Stärkung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität des Lebensraumes pro betroffenem Revier 10 ha Extensivgrünland mit Blänken in räumlich-funktionaler Nähe und auf geeigneten Flächen (störungsfrei und im Abstand von mind. 200 m zu Gehölzen und Gebäuden) bereitgestellt. • Für den Kiebitz werden zur Stärkung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität des Lebensraumes pro betroffenem Revier 3 ha Extensivgrünland mit Blänken in räumlich-funktionaler Nähe und auf geeigneten Flächen (störungsfrei und im Abstand von mind. 200 m zu Gehölzen und Gebäuden) bereitgestellt. Eine Überlagerung mit den Ausgleichsflächen für den Großen Brachvogel ist zulässig. • Für die Feldlerche werden zur Stärkung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität des Lebensraumes pro betroffenem Revier 1 ha Ackerbrache in räumlich-funktionaler Nähe und auf geeigneten Flächen (störungsfrei und im Abstand von mind. 200m zu Gehölzen und Gebäuden) bereitgestellt. • Bei unvermeidbaren Zerstörungen potenzieller Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Bereich von Gehölzbeständen sind diese im Verhältnis 1:3 durch heimische Pflanzungen zu ersetzen und in räumlich-funktionaler Nähe anzulegen. • Sind Gewässer von Bauarbeiten betroffen und gehen Teilbereiche als Lebensraum verloren, sind die verbleibenden Gewässer so aufzuwerten, dass die Habitatqualität gleich bleibt. Ggf. sind neue habitatverbessernde Gewässer anzulegen. 	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Erforderlichkeit von CEF-Maßnahmen hat sich im Rahmen der Umweltprüfung und Artenschutzprüfung jedoch nicht ergeben.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> • Bei unvermeidbaren Zerstörungen potenzieller Fortpflanzungs- und Ruhestätten in Form von Baumhöhlen, Baumspalten u.ä. sind diese im Verhältnis 1:3 durch geeignete Nisthilfen für Brutvögel zu ersetzen und in räumlich-funktionaler Nähe zu installieren. Potenzielle Fledermausquartiere sind im Verhältnis 1:5 durch geeignete Fledermauskästen zu kompensieren. Diese sind in räumlich-funktionalem Zusammenhang in Form von sog. Kastenrevieren anzubringen. Sowohl Nistkästen als auch Fledermauskästen sind jährlich zu reinigen und warten. Alternativ können Habitatbäume (v.a. > 100 Jahre alte Buchen, Bäume mit Schadstellen) als Ersatz gefördert und langfristig gesichert werden. • Bei unvermeidbaren Zerstörungen potenzieller Fortpflanzungsstätten in Form von Horsten sind diese im Verhältnis 1:3 durch geeignete Nisthilfen (Kunstnester I Weidenkörbe) zu ersetzen und in räumlich-funktionaler Nähe zu installieren. <p>Weitere CEF-/Kompensationsmaßnahmen werden voraussichtlich aufgrund der konkreten Anlagenplanungen und auf Grundlage der Bestandserfassungen und insbesondere auch für die Rastvogelarten und schlaggefährdete Greifvogelarten zu definieren sein.</p> <p>Schon jetzt ist darauf hinzuweisen, dass die grundsätzliche Verfügbarkeit der Maßnahmenflächen bereits im Verfahren nachgewiesen werden muss.</p> <p>5. Brandgefahr</p> <p>Die potenzielle Brandgefahr von Windenergieanlagen (WEA) und die Möglichkeit der Verursachung eines Wald-/Moor-/Heidebrandes ist ein zu berücksichtigendes Problem im weiteren Planungsverfahren. Immer wieder kommt es zu Brandereignissen an WEA. Hier ist zu beachten, dass brennende WEA aufgrund ihrer Höhe von mehr als 200m nicht gelöscht werden können. Gängige Praxis der Feuerwehr ist es, die Anlagen kontrolliert abbrennen zu lassen, was mitunter mehrere Stunden andauern und mit einer weiträumigen Verteilung brennender Teile einhergehen kann. Hinzu kommt, dass die Wälder, Moore und Heiden in Niedersachsen in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend unter Trockenheit zu leiden hatten, was naturgemäß mit einer erhöhten Brandgefahr einhergeht. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten klimabedingt fortsetzen.</p>	<p>Zur Genehmigung von Windenergieanlagen muss ein Brandschutzkonzept vorliegen. Gemäß des bereits für den Windpark erstellten Konzept erfolgt während des Betriebs eine 24/7-Überwachung durch eine externe Leitstelle. Es ist zur Brandfrüherkennung eine Überwachung der Windenergieanlage mit automatischen Rauchmeldern vorgesehen. Im Falle eines Brandes wird die Anlage gestoppt. Hierbei werden die Lüfter in allen Schaltschränken angehalten und die Motoren und Hauptleistungsschalter ausgeschaltet. Bei einer Branderkennung im Bereich des Transformators wird dieser zusätzlich ausgeschaltet. Der Blitz-/Überspannungsschutz der Windenergieanlage besteht aus inneren und äußeren Blitz-/Überspannungsschutzmaßnahmen. Die Windenergieanlage ist nach Blitzschutzklasse I</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Insofern ist zu befürchten, dass es zu einem nur schwer zu beherrschenden Brandereignis kommt, sollte eine WEA in Brand geraten. Abgesehen von der zu erwartenden Zerstörung der Vegetation sind die Folgen für die umwohnenden Menschen und die Tierwelt in keiner Weise absehbar.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Bitte beteiligen Sie den NABU am weiteren Verfahren.</p>	<p>ausgelegt. Im Turm und in der Gondel sind Handfeuerlöscher zur Bekämpfung von Entstehungsbränden vorhanden.</p> <p>Sollte es in der Gondel brennen und keine Personenrettung erforderlich sein, kann die Feuerwehr nicht löschen. In diesem Fall muss die Umgebung der Anlage weiträumig abgesperrt werden. Die Werkfeuerwehr hat hier besonders die Aufgabe der Räumung des Geländes, da sie auch als Werkchutz den Überblick hat, welche Personen sich auf dem Testgelände befinden. Zusätzlich muss bei den Anlagen, die am Rand des Testgeländes stehen, auch noch der öffentliche Bereich abgesperrt werden. Mit Hilfe einer Wärmebildkamera kann das Gebiet per Helikopter und Drohne weiträumig auf Glutnester abgesucht werden. Es steht auf dem Gelände ein Löschteich mit einem Volumen von mindestens 2.000 m³ und einer Entnahmestelle bereit. Weiterhin gibt es noch im Bereich der Gebäude ein Regenrückhaltebecken.</p>

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB ist eine Stellungnahme von BürgerInnen eingegangen.

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Gemeinschaftsstellungnahme von 6 BürgerInnen	
<p>wir erklären hiermit ausdrücklich, dass wir uns durch die Errichtung und den Betrieb der geplanten Windenergieanlagen in direkter Nachbarschaft zu unserem Wohngrundstück persönlich betroffen fühlen.</p> <p>Aufgrund der geringen Entfernung zu unserem Wohnhaus befürchten wir als direkte Anlieger enorme Verschlechterungen hinsichtlich der Lebensqualität durch die Störwirkung der geplanten, großen Windräder. Hinreichend bekannt sind inzwischen die negativen Auswirkungen auf die Gesundheit (u.a. Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten, Herzrasen, Tinnitus) wie sie im Umfeld von Windkraftanlagen durch dauerhafte Geräusch- und Sichtbelästigung bereits nachgewiesen worden sind und auch von Gerichten anerkannt werden. Es ist zu befürchten, dass der für uns ohnehin bereits eingeschränkte Erholungswert durch die Lärmbelastung des Betriebes auf der Teststrecke sowie durch bereits bestehende Windkraftanlagen im Umfeld unseres Hauses weiter begrenzt wird.</p>	<p>Bei der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 145 handelt es sich um einen Angebotsbebauungsplan. Der Typ (Nabenhöhe, Rotorhöhe und -durchmesser) der Windenergieanlagen wird nicht festgelegt. Von diesen Faktoren sind jedoch die Schall- und Schattenimmissionen abhängig. Im Rahmen der Bauleitplanung ist nachzuweisen, dass eine Realisierung der Planung unter Einhaltung der Immissionsgrenzwerte möglich ist. Grundsätzlich kann eine Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte für Schattenschlag durch die standartmäßig verbaute Abschaltautomatik in den Anlagen sichergestellt werden. Bei Einhaltung der Richtwerte ist von keinen Gesundheitsgefährdungen auszugehen. Für das Genehmigungsverfahren nach BImSchG wurde für die konkreten Anlagenstandorte und -typen bereits ein Schattenschlag-Gutachten erstellt.</p> <p>Die Wohngebäude der EinwenderInnen befinden sich gemäß des für das nachgelagerte BImSchG-Verfahren erstellten Schattenschlaggutachtens in dem Bereich, wo astronomisch eine Beschattung von mehr als 30 Stunden im Jahr oder 30 Minuten pro Tag möglich ist. Dies ist bei der Programmierung des Schattenwurfabschaltmoduls zu berücksichtigen, sodass es nicht zu Überschreitungen der Grenzwerte von maximal 30 Stunden Beschattung im Jahr oder 30 Minuten pro Tag kommt. Dies wird Auflage der BImSchG-Genehmigung für den Windpark werden. Für den Nachweis, dass eine Realisierung der Planung unter Einhaltung der Schall-Immissionsgrenzwerte möglich ist, wird ebenfalls das für das Genehmigungsverfahren nach BImSchG für die konkreten Anlagenstandorte und -typen bereits erstellte Schallgutachten herangezogen. Das Gebäude Brunzeler Straße 27, als dem Plangebiet näherliegendes Gebäude, wurde im Schallgutachten als Immissionsort 2 berücksichtigt. Anzusetzen ist hier ein Immissionsrichtwert von maximal 45 dB(A). Gemäß der schalltechnischen Berechnung kann hier durch die geplanten Windenergieanlagen ein Beurteilungspegel von 39 dB(A) erreicht werden. Sodass der Immissionsrichtwert um 6 dB(A) unter-</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Da die Errichtung der Windenergieanlagen in westlicher Richtung von unserem Haus geplant wird und unsere Wohn- und Schlafräume, die Terrasse sowie Fenster eben in diese Richtung errichtet wurden, sind wir im besonderen Maße betroffen. Zum einen ist es die enorme Größe der einzelnen Anlagen die eine optisch bedrängende Wirkung hervorrufen und zum anderen die Rotationsbewegung der Rotoren. Ein bewegtes Objekt erregt nun mal die Aufmerksamkeit in höherem Maße als ein statisches.</p> <p>Des Weiteren verursachen Windenergieanlagen deutliche Lärmemissionen sowie Infraschall. Darüber hinaus wird auch der Schlagschatten bei untergehender Sonne wieder unsere Wohn- und Schlafräume sowie unsere Terrasse erreichen. Gleiches gilt für die Tag/Nacht - Kennzeichnung, welches einen weiteren negativen Einfluss auf unsere Wohnqualität ausübt.</p>	<p>schritten wird. Ein über die in der TA-Lärm festgelegten Grenzwerte hinausgehender Anspruch auf Ruhe besteht nicht. Eine Planung, die den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, beeinträchtigt weder die Grundrechte noch Gesundheit des Einzelnen.</p> <p>Hohe Windenergieanlagen in geringem Abstand zu Wohnhäusern können auf Grund der optisch bedrängenden Wirkung unzulässig sein. Durch § 249 (10) Baugesetzbuch (BauGB) ist kürzlich bestimmt worden, dass in der Regel bereits bei einer zweifachen Anlagenhöhe zwischen Wohnhaus und Windenergieanlage eine optisch bedrängende Wirkung ausgeschlossen werden kann. Dies wäre allerdings im Einzelfall zu prüfen. Bei einem Abstand der dreifachen Anlagenhöhe wird in der Rechtsprechung davon ausgegangen, dass es keine optisch bedrängende Wirkung gibt. Zwischen dem Wohnhaus der EinwenderInnen und dem nächstgelegenen Windpark liegen über 1290 m. Dies übersteigt auch bei einer 250 m hohen Anlage bei Weitem die dreifache Anlagenhöhe. Insofern kann eine optisch bedrängende Wirkung ausgeschlossen werden. Die bloße Möglichkeit der Wahrnehmung der Windenergieanlage (auch bei direkter, uneingeschränkter Sichtbeziehung) ist für eine bedrängende Wirkung allein nicht ausreichend.</p> <p>Zu Schall- und Schattenschlag wird auf die obenstehende Abwägung verwiesen.</p> <p>Zu den möglichen Infraschallimmissionen, die von Windenergieanlagen ausgehen können, wurden in der Vergangenheit umfangreiche Untersuchungen vorgenommen. Grundsätzlich strahlen Windenergieanlagen, wie jedes andere hohe Bauwerk auch, durch Wirbelbildung Infraschall aus. Als Infraschall wird Schall im Frequenzbereich < 20 Hz bezeichnet. Wahrnehmbar durch das menschliche Ohr ist dieser Frequenzbereich erst ab einem Schallpegel von 71 dB (Hörschwellenpegel im Infraschallbereich), Gesundheitsgefährdungen können erst ab einem Pegel von 120 dB erwartet werden (DEWI, Deutsches Windenergieinstitut Wilhelmshaven). Der Infraschallpegel nimmt mit zunehmender Entfernung ab. Sämtliche Studien zum Thema Infraschall und Gesundheit kommen zu dem Ergebnis, dass die Infraschall-Emissionen von Windkraftanlagen bereits ab 200 Metern Entfernung unterhalb der Wahrnehmungsschwelle liegen (aber noch deutlich messbar sind) und ab 700 Metern auch messtechnisch kaum mehr vom Hintergrundrauschen zu unterscheiden sind. Im vorliegenden Fall besteht</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Die geplante Errichtung solch hoher Windenergieanlagen führt unweigerlich zur Wertminderung unserer Immobilie als auch der umliegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Immobilie als Wertanlage wird durch die geplante Errichtung der Windenergieanlagen versagt. Sollten die Windenergieanlagen in diesem geringen Abstand zu unserem Wohnhaus entstehen, erwarten wir hierfür Schadenersatz durch den Betreiber der geplanten Anlagen.</p>	<p>zwischen dem nächstgelegenen Baufenster und dem Wohnhaus der EinwanderInnen ein Abstand von über 1290 m. Insofern ist von keiner Beeinträchtigung auszugehen.</p> <p>Die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen“ (AVV) schreibt vor, dass „Luftfahrthindernisse zu kennzeichnen sind, außerhalb von Städten und anderen dicht besiedelten Gebieten, wenn eine Höhe der maximalen Bauwerksspitze von 100 Metern über Grund überschritten wird.“ – dies trifft für Windenergieanlagen zu.</p> <p>Ende 2015 wurde eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung (BNK) zugelassen, die die Beleuchtung nur dann anschaltet, wenn sich ein Luftfahrzeug in einem Umkreis von 4 km und einer Flughöhe von weniger als 600 m befindet. Seither wurden mehrere technische Systeme zur BNK zugelassen und die Verwaltungsvorschrift geändert. Der Einsatz von BNK ist gem. dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) ab dem 01.01.2025 verpflichtend. Ab 2025 werden Windenergieanlagen daher nur dann nachts zu sehen sein, wenn sich ein Flugzeug dem Windpark nähert. Diese sind auch bei dem vorliegenden Windpark geplant.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es gibt eine Vielzahl von Studien, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Nähe von Windrädern keinerlei Einfluss auf den Immobilienpreis hat (vgl. z.B. Markus Geissmann, Thomas Volken. Untersuchung der Preiswirkung von Windenergieanlagen auf Einfamilienhäuser. Zürich: Bundesamt für Energie, Kanton Thurgau, 11.10.2019. https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/erneuerbare-energien/windenergie.exturl.html/aHR0cHM6Ly9wdWJkYi5iZmUuYWRTaW4uY2gvZGUvcHVib-GljYX/Rpb24vZG93bmXvYWQvOTg1MA==.html). Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben. Auch der Petitionsausschuss des Bundestages vom 13.04.2011 hat verdeutlicht, dass eine Wertminderung von Immobilien nur in Betracht käme, wenn von einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeit des Grundstückes auszugehen sei. Dies könne jedoch ausgeschlossen werden, wenn die Immissionen nicht das zulässige Maß überschreiten. Durch entsprechende Fachgutachten</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Weiterhin ist zu befürchten, dass der Windpark geschützte Tierarten im Umfeld des Windparks und somit in unserer Umgebung durch die rotierenden Windräder gefährdet oder diese durch die Einflüsse auf deren Lebensräume zumindest vertrieben werden. Diese Eingriffe können keineswegs im Sinne des Naturschutzes sowie des Schutzes der Moore und dessen Tierwelt sein.</p>	<p>wird im Rahmen der Genehmigung nachgewiesen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Die Auffassung des Petitionsausschusses des Bundestages wird auch durch einen Beschluss des BVerwG vom 09.02.1995 bekräftigt. Demnach sind „die Auswirkungen, die die Errichtung von baulichen Anlagen in der Umgebung eines Grundstückes auf dessen Verkehrswert haben, alleine keine für die planerische Abwägung erheblichen Belange. Vielmehr kommt es auf die von der (neu) zugelassenen Nutzung unmittelbar zu erwartenden tatsächlichen Beeinträchtigungen an.“ Bei subjektiver Betrachtungsweise spielt das persönliche Empfinden des Einzelnen eine Rolle. Dies ist jedoch kein Belang der in die Bauleitplanung einzustellen wäre. Die Nutzungen der Wohngrundstücke in der Nachbarschaft werden durch die Planung eines Windparks weder rechtlich noch tatsächlich beeinträchtigt. Die Zahlung von Schadenersatz für Anwohner von Windparks ist gesetzlich nicht vorgesehen. Jedoch ist in Niedersachsen kürzlich ein neues Gesetz zur finanziellen Beteiligung von Kommunen und AnwohnerInnen bei Wind- und Solarparks in Kraft getreten. Im Niedersächsischen Gesetz über die Beteiligung von Kommunen und Bevölkerung am wirtschaftlichen Überschuss von Windenergie- und Photovoltaikanlagen (NWindPVBetG) wird bestimmt, dass Betreiber neben einer jährlichen Akzeptanz von 0,02 je KWh für die tatsächlich eingespeiste Strommenge an die betroffenen Gemeinden, eine weitere Möglichkeit zur finanziellen Beteiligung anbieten müssen. Dem Betreiber bleibt dabei überlassen, ob dieses Angebot der Kommune oder den AnwohnerInnen (2,5 km zur Anlage) gemacht wird und welche Arten der finanziellen Beteiligung er anbietet. Die finanzielle Beteiligung muss dabei 0,01 je KWh für die tatsächlich eingespeiste Strommenge über gesamte Nutzungsdauer entsprechen. Das Angebot muss innerhalb eines Jahres nach Inbetriebnahme der Anlagen erfolgen. Derzeit hat der Vorhabenträger hierzu noch kein Konzept entwickelt. Eine finanzielle Beteiligung wäre auf Grundlage dieses Gesetzes jedoch möglich.</p> <p>Die Auswirkungen der Planung auf Tiere und Umwelt werden im Rahmen des Umweltberichtes, der bis zum Verfahren gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB in die Planung eingestellt wird, umfassend geprüft. Unvermeidliche Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen. Die Stadt ist davon überzeugt, dass der Ausbau der erneuerbaren und damit umweltschonenden Energien der Natur und zukünftigen Generationen zum Vorteil dient. Die lokalen Auswirkungen auf Natur und Land-</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr für die Anlieger durch die immer größeren und technisch komplexeren Anlagen im Falle eines Brandes. Diese Windenergieanlagen sollen in einem Moorgebiet mit aufstehenden Waldflächen errichtet werden. Bei immer trockneren Sommermonaten besteht eine erhebliche Brandgefahr auch in einem großen Umkreis um den Windpark herum. Somit sind auch wir als direkte Anwohner betroffen. Ein mit allen Eventualitäten bedachtes Brand- und Katastrophenkonzept wird sicherlich Bestandteil des Genehmigungsprozesses sein und die Vorhaltung der dafür benötigten Infrastruktur während des Betriebes der Windenergieanlagen regelmäßig kontrolliert.</p> <p>Als direkte Anwohner des geplanten Windparks lehnen wir die Errichtung nicht konsequent ab, kommen jedoch in Anbetracht der o.g. negativen Einflüsse zu dem Ergebnis, dass ein größerer Abstand oder kleinere Windenergieanlagen sowie weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen um uns als Anwohner nicht noch weiter übermäßig zu belasten.</p>	<p>schaft sind langfristig im Vergleich zu den Auswirkungen eines Klimawandels von untergeordneter Bedeutung. Sie werden zudem bereits von Anfang an berücksichtigt und durch Standortwahl und bei der Umsetzung auch durch gezielte Maßnahmen bestmöglich vermieden und/oder minimiert. Im Rahmen der konkreten Planung lassen sich viele mögliche Beeinträchtigungen wirksam über Auflagen in der Genehmigung vermeiden.</p> <p>Zur Genehmigung von Windenergieanlagen muss ein Brandschutzkonzept vorliegen. Gemäß des bereits für den Windpark erstellten Konzept erfolgt während des Betriebs eine 24/7-Überwachung durch eine externe Leitstelle. Es ist zur Brandfrüherkennung eine Überwachung der Windenergieanlage mit automatischen Rauchmeldern vorgesehen. Im Falle eines Brandes wird die Anlage gestoppt. Die Windenergieanlage ist nach Blitzschutzklasse I ausgelegt. Im Turm und in der Gondel sind Handfeuerlöscher zur Bekämpfung von Entstehungsbränden vorhanden.</p> <p>Sollte es in der Gondel brennen und keine Personenrettung erforderlich sein, kann die Feuerwehr nicht löschen. In diesem Fall muss die Umgebung der Anlage weiträumig abgesperrt werden. Die Werkfeuerwehr hat hier besonders die Aufgabe der Räumung des Geländes, da sie auch als Werkchutz den Überblick hat, welche Personen sich auf dem Testgelände befinden. Zusätzlich muss bei den Anlagen, die am Rand des Testgeländes stehen, auch noch der öffentliche Bereich abgesperrt werden. Mit Hilfe einer Wärmebildkamera kann das Gebiet per Helikopter und Drohne weiträumig auf Glutnester abgesucht werden. Es steht auf dem Gelände ein Löschteich mit einem Volumen von mindestens 2.000 m³ und einer Entnahmestelle bereit. Weiterhin gibt es noch im Bereich der Gebäude ein Regenrückhaltebecken.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung wird nachgewiesen, dass eine Realisierung der Planung unter Einhaltung der Immissionsgrenzwerte möglich ist. Durch Genehmigungsaufgaben wird in der nachgelagerten Genehmigung nach BImSchG sichergestellt, dass die Grenzwerte eingehalten werden. Das nächstgelegene Baufenster befindet sich in über 1290 m Entfernung zu den EinwanderInnen, sodass keine optisch bedrängende Wirkung durch die Windenergieanlagen entstehen kann. Die Ermöglichung der Nutzung erneuerbarer Energien berücksichtigt die Bedürfnisse und Rechte künftiger Generationen auf eine Umwelt mit gleich guten Lebensbedingungen, wie wir sie heute genießen dürfen. Das Allgemeinwohl geht hier vor Einzelinteressen. Es ist nicht möglich gänzlich zu verhindern, dass diese Form der</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Vorsorglich weisen wir hiermit darauf hin, dass wir von unserem Störungsbeseitigungsanspruch Gebrauch machen werden, sollten entsprechende Normen und Grenzwerte nach Inbetriebnahme der Anlagen nicht eingehalten werden.</p> <p>Die bislang aufgestellten Planungen sind insofern für uns als ohnehin schon durch Umgebungslärm sowie weiteren Windparks beeinträchtigte Anwohner nicht zumutbar.</p>	<p>Energiegewinnung in einigen Bereichen besondere Betroffenheiten in der Bevölkerung mit sich bringt. Durch die dezentrale Stromerzeugung durch Windenergie ist zudem im Vergleich zu früher (Kohleabbau, Atomenergie) eine breitere Bevölkerungsschicht betroffen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Anlagen sind entsprechend den Auflagen zur Genehmigung innerhalb der geltenden Normen und Grenzwerte zu betreiben.</p> <p>Ein über die in der TA-Lärm festgelegten Grenzwerte hinausgehender Anspruch auf Ruhe besteht nicht. Eine Planung, die den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, beeinträchtigt weder die Grundrechte noch Gesundheit des Einzelnen und ist damit zulässig.</p>